

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen bis 8 gelappte Kolonnenzeilen 60 J. Geschäftsangelegen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey. Druck von G. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 8002.

Der Krieg und die Unternehmerverbände

In zahllosen Zeitungsartikeln und Broschüren ist die Frage behandelt worden, welchen Einfluß der Krieg auf die Arbeiterorganisationen ausüben werde. Verhältnismäßig wenig aber war bisher davon die Rede, wie der Krieg auf die Grundstellung der Unternehmerverbände einwirken wird. Sehr willkommen ist daher eine Abhandlung, die unter dem Titel „Die Unternehmerorganisationen im Kriege“ im Septemberheft des Reichsarchivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik erschienen und von der ein Sonderabdruck als Broschüre herausgegeben wurde.

Ueber die äußeren Einflüsse des Krieges auf die Unternehmerorganisationen erfährt man auch aus dieser sehr fleißig und vor allem objektiv bearbeiteten Uebersicht nicht viel. Die Organe der Arbeitgeberverbände haben es im Kriegsjahr noch weniger als sonst für notwendig befunden, von ihren Geschäftsergebnissen etwas Wesentliches zu berichten. Dem zweiten Sonderheft des Reichsarchivs hat man entnehmen können, daß im Jahre 1914 vor Beginn des Krieges 3670 Arbeitgeberverbände gezählt wurden (gegen 3431 im Jahre 1913), von denen 121 (111) Reichs-, 509 (511) Landes- oder Bezirks- und 3040 (2809) Ortsverbände waren. Die Zahl der Mitglieder betrug 167 673 (145 207) mit 4 841 217 (4 641 316) beschäftigten Arbeitern. Wie sich diese Ziffern während des Krieges gestaltet haben, ist noch nicht bekannt. Naturgemäß sind sie keinen so großen Veränderungen unterworfen wie die Ziffern der Arbeiterorganisationen.

Für die Unternehmerverbände bedeutet der Krieg eine Ruhepause. Mit ziemlich unverändertem Mitgliederbestand, Vermögen und unveränderter Organisationsfähigkeit werden sie in die Zeit des Friedens eintreten, und schon dadurch wird sich, wie die Abhandlung darlegt, ihre Position gegenüber den Gewerkschaften automatisch verbessern. Während die Gewerkschaften genötigt sind, die verfügbaren Mittel ihren unterstützungsbedürftigen Mitgliedern und deren Angehörigen zuzuführen, stellen die Unternehmer an ihre Organisationen während des Krieges nur geringe finanzielle Anforderungen. Namentlich die Beiträge für die Streikentschädigungsgesellschaften werden bei dem nahezu vollständigen Ruhen der wirtschaftlichen Kämpfe nicht in Anspruch genommen. Nur der Allgemeine Deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat seine Streikentschädigungskasse in eine Kriegsunterstützungskasse umgewandelt. Die Beteiligung der Unternehmerverbände an den Vorarbeiten für die Sicherung der Beschäftigung von Kriegsinvaliden, die Errichtung von Arbeitsgemeinschaften zwecks Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitsbedingungen, die soziale Fürsorge für die arbeitslos gewordenen oder zum Heeresdienst einberufenen Arbeiter, die Lädenhand genügt ausfällt, ändert nichts an Charakter der Unternehmerverbände. Keinesfalls darf man in diesen Erscheinungen Ansätze zu einer Entwicklung erblicken, in welcher sich das Arbeitsverhältnis wieder in patriarchalischer Richtung ausgestalten würde. Im Gegenteil: der Interessenwiderstreit zwischen Unternehmer und Arbeiter wird an Schärfe zunehmen.

Zum Vorteil gereicht es den Unternehmerverbänden, daß die Tendenzen zur Kartellierung durch die zahlreichen Organisationen für Kriegslieferungen verstärkt worden sind. Nahezu die ganze Industrie wird beherrscht durch Gesellschaften, die teilweise unter Mitwirkung behördlicher Stellen zustande kamen, weil diese bei Vergebung von Aufträgen lieber mit Organisationen als mit einzelnen Unternehmern arbeiten. Die so geschaffenen Vereinigungen entwickeln sich zu Verbänden, die die Funktionen von Arbeitgeberorganisationen ausüben und insbesondere Lohnforderungen der Arbeiter entgegenreten. Den Einfluß der in dieser Weise verstärkten Unternehmerverbände werden die Arbeiter zu spüren bekommen, wenn die große Preisrevolution, die der Krieg gebracht hat, ihre Folgewirkung auf das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter erstrecken wird. Dann erwächst für die zurückflutende Arbeiterschaft die Aufgabe, die Lohnhöhe mit dem neuen Preisstand, der mit geringen Senkungen bestehen bleiben dürfte, in Einklang zu bringen. Schon in der Kriegszeit sind die Unternehmerzeilungen ängstlich bei dem Gedanken, daß die Lohnerschütterungen in den Heereslieferungsbetrieben von Dauer sein könnten. So wandte sich die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ gegen Lohnerschütterungen in der Militärerzeugungsindustrie mit dem Erfolg, daß die Heeresverwaltung neugegründete Betriebe, die mit erhöhten Löhnen gelehrte Arbeiter anzuziehen suchten, wegen unlauteren Wettbewerbs von Lieferungen auszuschließen drohte. Der Kriegsbedarfsausrüstungsverband beschloß, daß mehr als 30 Prozent Zuschlag zu den Löhnen vor dem Krieg nicht bezahlt werden dürfe, und stellte für Verstöße gegen diesen Beschluß Strafe und Ausschluß in Aussicht. Auch gegen Lohnsteigerungen in der Landwirtschaft, von denen bisher noch recht wenig bekannt geworden ist, nahm die „Arbeitgeberzeitung“ Stellung, indem sie an die Behörden appellierte, eine solche „ungefunde“ Entwicklung zu hemmen und dafür Sorge zu tragen, daß die Bäume der Lohnerschütterung nicht in den Himmel wachsen.

Die Schlussfolgerungen, die in der Abhandlung aus diesen Erscheinungen gezogen werden, decken sich mit der in der Arbeiterpresse oft ausgesprochenen Ueberzeugung, daß die Auseinandersetzung um die Verteilung des Produktionsertrages nach dem Kriege eine außerordentlich heftige sein wird. Das Kräfteverhältnis dürfte sich dann, heißt es weiter, wesentlich zuungunsten der Arbeiter-

verschoben haben. Da die prinzipielle Haltung der Unternehmer gegenüber sozialpolitischen Fragen sich nicht geändert hat und auch während des Krieges eine Machtverschiebung an wichtigen Punkten stattfindet (Schwächung der Arbeiterverbände an Mitgliedern und Finanzkraft, Stärkung der Unternehmerverbände durch Erholung und Ausbau), kann der Ernst der Situation für die Arbeiterschaft nach dem Kriege nicht bezweifelt werden.

Zur Erhärtung dieser Auffassung verweist die Abhandlung auf die ablehnende Haltung der Unternehmerverbände in zwei Fragen, die während des Krieges an Bedeutung gewonnen haben: die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenversicherung. In bezug auf die sozialpolitische Entwicklung im allgemeinen wird in den führenden Unternehmerkreisen die gemütsvolle Ansicht erneut mit Eifer verteidigt, die sozialpolitische Fürsorge verweiche das Volk und lähme seine Energie. Schon jetzt protestieren die Unternehmerorgane dagegen, daß aus den Opfern irgendeines Standes oder einer Klasse im Kriege der Anspruch auf Berücksichtigung in der Gesetzgebung gefolgert werde. Die Unmöglichkeit, größere soziale Lasten zu tragen, wird wieder einmal unterstrichen. Mit größerer Schärfe noch als die „Arbeitgeberzeitung“ soll offenbar das in Hamburg neu erscheinende Organ „Recht und Arbeit“ diesen Standpunkt vertreten, das sich gegen „überstürzten Luxus und überspannte Bedürfnisse“ (natürlich der Arbeiter) wendet, und von den sozialen Reformen sagt, sie hätten zur Sorglosigkeit geführt.

Um die Bahn freizuhalten zur rücksichtslosen Bekämpfung der Arbeiterinteressen, wird der Krieg von der Unternehmerpresse rein politisch statt wirtschaftlich zu erklären versucht. Die ökonomischen Interessen sind nur Material, nicht Ursache und Zielpunkt des Krieges. Mit der Einräumung, daß der Kampf um den Weltmarkt in diesem Krieg die erste Rolle spielt, würde ja auch die Belastung des Unternehmergewinns mit Kriegssteuern und erhöhten Löhnen nur erleichtert. Die Unternehmerpresse redet daher von der Zurückgewinnung des inneren Deutschland, „des deutschen Geistes“, durch den Krieg. Wie der wirtschaftlichen, so soll auch den politischen Ansprüchen der Arbeiter damit vorgebeugt werden. Die „Arbeitgeberzeitung“ gewinnt „aus der“ ersten Schule des Krieges die stärksten Argumente gegen weitere Demokratisierung unsres Staatswesens“. Genug mit diesen Stichproben.

Das Bild, das der Auffatz in Staffés „Archiv“ entwirft, übertrifft uns nicht. Wir wissen, daß der Krieg die Klassengegensätze eher vertieft als beseitigt. Die dialektischen Künste der Unternehmerpresse bestärken uns nur in dieser Auffassung: Wir fügen unsre Zukunftshoffnungen nur auf unsre eigene Kraft und erhoffen uns trotz alledem eine „Neuorientierung“. Die Schachtmacher freilich werden sich nicht neuorientieren, und wenn doch, so nur im reaktionären Sinn. Hunderttausende Bedrückte und Ausgebeutete aber werden sich neuorientieren. Nachdem ein Berg von Borurteilen abgetragen und die Scheuklappen bei unzähligen Klassengenossen gefallen sind, werden die in unsre Reihen gerissenen Läden bald wieder ausgefüllt sein. Die wachsende Kraft der Arbeiterbewegung wird sich alsdann die wirtschaftliche und politische Stellung zu erkämpfen wissen, auf die diejenige Volksklasse begründeten Anspruch hat, ohne deren Opfer das deutsche Volk zerstückelt worden wäre.

Die Verbandsfinanzen im Kriegsjahre 1914/15.

Vor kurzem ist die Abrechnung unsrer Hauptkasse für das zweite Vierteljahr 1915 veröffentlicht worden. Damit liegen die Abrechnungen für ein volles Jahr seit Ausbruch des Weltkrieges vor. (Die Abrechnung für das dritte Vierteljahr 1914 enthält allerdings noch einen Friedensmonat, der wird sich jedoch, da monatliche Abrechnungen in unserm Verbands nicht üblich sind, aus dem Gesamtergebnis nicht herausheben lassen.) Es lohnt sich, heute rückwärtend kurz zu betrachten, wie der Weltkrieg auf die Finanzen des Verbandes gewirkt, ob und wie er unsern Aufgabentkreis, soweit er in den Summen der Bilanz zum Ausdruck kommt, verschoben hat.

Zunächst ist zu bemerken, daß wir mit einer recht guten finanziellen Küftung in den Krieg hineingingen. Am 1. Juli 1914 befanden sich in der Hauptkasse 3 786 073,64 M. Das war, sowohl absolut wie im Verhältnis zur Mitgliederzahl, ein sehr beachtlicher Betrag.

Nach Ausbruch des Krieges gingen die Einnahmen sofort stark zurück. Im zweiten Vierteljahr 1914, dem letzten Friedensvierteljahr, vereinnahmte die Hauptkasse noch 1 046 852 M. Im dritten Vierteljahr, das noch einen Friedensmonat mit umfaßt, nur 954 045 M. Im vierten Vierteljahr sank die Einnahme weiter auf 861 015 M., im ersten Vierteljahr 1915 auf 580 482 M. und im zweiten Vierteljahr 1915 auf 525 552 M. Die gesamte Einnahme betrug in den vier Kriegsvierteljahren 2 921 095 M. gegen mehr als 4 1/2 Millionen Mark im Jahre 1913. Das ist ein Rückgang der Einnahmen um etwa 1/2 Millionen Mark oder um ein volles Drittel. Tatsächlich ist er noch größer. In den Einnahmen des ersten Kriegsvierteljahres fehlen nämlich noch 114 000 M., die der Hauptkasse von den Zahlstellen aus den Lokalkassen überwiesen sind, die also nicht neu eingenommen sind. Die Einnahme des zweiten Kriegsvierteljahres entfällt noch etwa 50 000 M. aus Lokalkassen überwiesene Gelder

und außerdem 115 000 M. Einnahmen aus Zinsen. Im ganzen müßten also noch etwa 300 000 M. von den Einnahmen abgesetzt werden.

Die Ausgabe ist durchaus nicht in gleichem Tempo gesunken. In den ersten Kriegsmoenten stieg sie sogar zu erschreckender Höhe an. Die für die Erwerbslosenunterstützung erforderlichen Summen wurden so hoch, daß mit einer Aufzehrung des Vermögens ernstlich gerechnet werden mußte. Es ist ja bekannt und hier wiederholt und eingehend dargelegt worden, daß und warum sich die Lage auf dem Wirtschaftsmarkt, richtiger auf dem Arbeitsmarkt, besserte und die Ausgabe für die Unterstützung der Arbeitslosen auf und unter den Friedensstand sank. Die folgende Tabelle stellt die Ausgaben für Unterstützungen nach Quartalen geordnet zusammen.

Quartal	Erwerbslosen-Unterstützung M.	Streik-Unterstützung M.	Notlage- und Streik-Unterstützung M.	Sonstige Unterstützung M.
3. 1914	726 752,01	108 278,18	134 423,59	38 032,84
4. 1914	400 846,26	96,80	253 441,90	30 820,52
1. 1915	254 915,86	19 752,41	2 872,45	36 192,79
2. 1915	184 467,68	24,08	6 031,37	31 919,16
In 4 Quartalen	1 566 981,81	128 151,47	396 769,31	136 965,31
Summe 2 228 867,90 M.				

Der weitaus größte Teil der Ausgaben entfiel auf die Erwerbslosenunterstützung. Sie erforderte rund 260 000 M. mehr als im Jahre 1913. Dabei ist zu beachten, daß die Erwerbslosenunterstützung, für die früher zwei Drittel bis drei Viertel der für die Erwerbslosenunterstützung erforderlichen Summe aufgewendet werden mußte, kurz nach Kriegsausbruch aufgehoben und erst am 1. März dieses Jahres wieder eingeführt wurde. Die 1/2 Millionen wurden also fast ausschließlich an Arbeitslose ausbezahlt. Die Tabelle zeigt recht deutlich das Absinken der Summen infolge des Rückgangs der Arbeitslosigkeit. Im zweiten Vierteljahr dieses Jahres war für Kranke und Arbeitslose nur noch ungefähr ein Viertel der Summe erforderlich, die im dritten Vierteljahr 1914 dafür auszugeben werden mußte. Von den 128 000 M., die für die Streikunterstützung noch ausgegeben wurden, entfiel der weitaus größte Teil auf das erste Kriegsvierteljahr, richtiger auf den ersten Monat des ersten Vierteljahres, der ja als Friedensmonat noch nicht unter den Burgfrieden fiel. Die 20 000 M. im ersten Viertel des laufenden Jahres sind nicht in unserm Verbands ausgegeben, sondern befreundeten Verbänden, die durch größere Streiks vor Kriegsausbruch in finanzielle Schwierigkeiten gekommen waren, überwiesen worden.

Als Notlageunterstützung sind die Beiträge mitgezählt, die an die Familien der eingezogenen Mitglieder ausgezahlt wurden. Im dritten Vierteljahr ist die Summe für September, im vierten die für Oktober und die Weihnachtsunterstützung verrechnet. Insgesamt sind fast 400 000 M. dafür aufgewendet. Die unter „Sonstige Unterstützungen“ zusammengefaßten Beträge schwanken nur wenig und haben sich auch gegen das Vorjahr nur wenig geändert. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Ausgabe für Sterbeunterstützung gegen das Jahr 1913 noch gestiegen ist, obwohl Sterbegeld für die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder — deren Rechte an den Verband ebenso ruhen wie die Pflichten — nicht ausgezahlt wird. Zur Deckungang ist die Ausgabe für Umzugsgeld von 44 000 auf etwa 20 000 und für Rechtschutz von fast 11 000 auf 3500 M. Die Gesamtausgabe für Unterstützungen betrug 2 228 867,90 M. gegen 2 515 012,14 M. im Jahre 1913. Obwohl sie jedoch absolut um fast 300 000 M. gegen die Ausgabe von 1913 zurückbleibt, ist sie im Verhältnis zur Einnahme und auch im Verhältnis zur Mitgliederzahl ungemein viel höher. Man beachte nur die folgende Gegenüberstellung.

Auf je 100 Mark Einnahme entfielen:

	Ausgabe für Unterstützungen M.	Anteile der Zahlstellen M.	Sonstige Ausgaben (Agitation, Verwaltung usw.) M.	Ausgaben insgesamt M.
Im Jahre 1913	55,46	16,85	12,04	84,35
Vom 1. Juli 1914 bis 31. Juni 1915	76,30	15,10	16,77	108,17

Im Jahre 1913 konnten von je 100 M. Einnahme 15,65 M. in insgesamt 709 544,61 M. dem Vermögen des Verbandes überwiesen werden; in dem Kriegsjahre 1914/15 mußten zu je 100 M. Einnahme 8,17 M., insgesamt 237 838,73 M. aus dem Vermögen zugelegt werden. Der Kassenbestand, der am 1. Juli 1914, also vier Wochen vor Kriegsausbruch, 3 786 073,64 M. betrug, verringerte sich auf 3 548 234,91 M. am 1. Juli dieses Jahres. Während 1913 von je 100 M. Einnahme nur etwas mehr als die Hälfte als Unterstützung aus der Hauptkasse — daneben laufen noch die Unterstützungen aus lokalen Mitteln — zurückgezahlt wurde, waren es im Kriegsjahr mehr als drei Viertel. Auf jedes Mitglied entfiel 1913 ein durchschnittlicher Unterstützungsbeitrag von 11,97 M. in dem Kriegsjahre 1914/15 ein solcher von 15,70 M. Diese starke Steigerung der Unterstützungsleistungen

wegen Zuspätkommens hörten fast ganz auf. Die Betriebsleitung hatte geradezu darauf zu sehen, daß eine gewisse kleine Klasse von Arbeitern gehalten wurde, die einspringen konnte, wenn durch Erkrankung, Vermineralisierung usw. eine vorübergehende Lücke entstand. Am erfreulichsten aber waren die praktischen Vorschläge, die von den einzelnen Gruppen dem Direktor vorgetragen wurden, um die Leistungsfähigkeit zu erhöhen, und der vertrauliche Ton, der zwischen Arbeiter und Leitung durch solches Zusammenarbeiten geschaffen wurde."

Besensfelder zieht daraus den Schluss, daß der intelligente deutsche Arbeiter nicht selbst zur Maschine gemacht werden sollte. Vielmehr soll er durch Zahlung von Prämien angehalten werden, Maschinen und Verfahren zu verbessern zu helfen. Dem Arbeiter werde so das Gefühl, er verrichte die verhasste Arbeit, genommen und damit auch der andererseits gemachte Vorschlag, die Arbeiter am Jahresgewinn zu beteiligen, erledigt. Obendrein brauche dann der Unternehmer die Arbeiter nicht in die eigentliche Durchführung hineinsehen zu lassen. Er ist der Auffassung, daß es mit Hilfe der Prämienbeteiligung und vergrößerter Apparatur möglichst leicht wird, ohne Zugung ausländischer Arbeitskräfte den Anforderungen der Produktion gerecht zu werden und die zurückbleibenden Kämpfer „auf die Stufe des interessierten, denkenden und willigen Mitarbeiters am Nationalwohlstand unsres Vaterlandes zu stellen“, auf welche sie sich durch ihre kreuz Leistungen als Feld- und Industriefeldaten ein Anrecht erworben haben.

Von der Erkenntnis ausgehend, daß die einzelnen Phasen im Produktionsprozeß ihre ständige Vervollkommnung immer in der praktischen Anwendung erfahren und nach und nach bis zur Höchstleistung gebracht werden müssen, kann man sich nicht ohne Weiteres gegen das Bestreben der Unternehmer, die Produktion zu beschleunigen, wenden, solange mit der Arbeitskraft der Beschäftigten nicht Raubbau getrieben und eine ausreichende Entlohnung für die Leistungen gegeben wird. Was aber durch das Prämiensystem nicht erreicht wird, ist nichts anderes als ein verfeinertes Alford- bzw. Taylorsystem, wobei schwächliche oder teilweise verbrauchte Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausscheiden müssen. Nur vollkräftige, robuste Naturen vermögen diese Hehlgang nach möglichst hohem Produktionsquantum noch mitzumachen. Welche Ausrichtungen sich dabei für die Beteiligten eröffnen, geht aus der Schilderung Besensfelders hervor. Vor allem gibt es Streitigkeiten der einzelnen Parteien untereinander wegen kleiner Betriebsstörungen, wobei dann der Aufsichtsbeamte als Vertreter des Unternehmers die Rolle des lachenden Dritten spielt.

Und wie entlohnt man diese Autohege? Keineswegs ausreichend, wie man das erwarten sollte. Für einige Mark Prämie erhält der Unternehmer Leistungen, die bedeutend mehr zu Buche schlagen als die gezahlte Prämiensumme. Das schlimmste an der Sache ist jedoch, daß so mancher Arbeiter, der, infolge besonderer Empfindlichkeit seines Organismus gegenüber dem zu bearbeitenden Produkt, die Hehlgang einige Tage mitmacht, und dann schließlich gezwungen ist, die Arbeit aufzugeben. Er bekommt für die Zeit wohl seinen Lohn, aber keine Prämie. Ein klägliches Recht steht ihm in der Regel laut Arbeitsordnung auf die Prämie nicht zu, und so muß er verzichten. Aber auch für die übrigen Beteiligten stipuliert Besensfelder kein klägliches Recht auf Prämie. Ihre Zahlung ist besonders in Frage gestellt, wenn der Unternehmer sich für infolge von Produktionsfehlern entstandene Schäden an der Prämie schadlos hält. Weiter kommt hinzu, daß bei einigermaßen auskömmlichen Prämiensummen der Unternehmer gar bald daran geht, Kürzungen am Prämienfuß vorzunehmen, wodurch das Einkommen naturgemäß geschmälert wird. Findet sich wirklich einmal ein Philanthrop, der seinen Arbeitern eine gute Verdienstmöglichkeit nicht beschneidet, dann sorgen die Arbeitgeber der Nachbarschaft auf geeignete Weise dafür, daß Abhilfe geschaffen wird, damit, wie Besensfelder ja bereits andeutete, „das Lohnniveau der Umgegend“ nicht weiter steigt. So war's wenigstens bis jetzt vor dem Kriege, und wer etwa glaubt, daß in dieser Hinsicht nach dem Kriege Aenderung eintritt, der dürfte schwer enttäuscht werden.

Wenn infolge der gegebenen Verhältnisse das Prämiensystem, sei es mit oder gegen den Willen der beteiligten Arbeiter, in gesteigertem Maße zur Einführung gelangen sollte, dann müssen gesetzliche Bestimmungen folgen, die das Anrecht auf verbundene Prämien sicherstellen. Durch das Prämiensystem allein werden die Arbeiter noch lange nicht „auf die Stufe des interessierten, denkenden und willigen Mitarbeiters am Nationalwohlstand“ gehoben. Es besteht vielmehr die Aussicht, daß sie damit ein Danaergeschenk erhalten und unter Umständen zur Verzweiflung getrieben werden können, wenn sie es nicht rechtzeitig vorziehen, durch eine starke Organisation die ihnen zustehenden Ansprüche umfassend zu wahren.

Die Sehnsucht der Papierfabrikanten nach der Zwangsorganisation.

Die Unternehmer der Papierfabrikation haben sich recht zahlreiche Organisationen geschaffen. Sie haben einen Verein deutscher Papierfabrikanten, einen Arbeitgeberverband für die Papier- und

Zellstoffindustrie und daneben noch viele kleinere Verbände, Kartelle, Syndikate und Preisvereinigungen aller Art für bestimmte Erzeugnisse. Trotz alledem ist die Organisationsform noch nicht gefunden, durch die es möglich würde, die Papierfabrikanten unter eine Kappe zu bringen. Die Gründe sind sehr mannigfach. Bei manchen Papierfabrikanten verhindert Konkurrenzgründlichkeiten den Anschluß an die Organisation, andre konnten sich mit der Leitung der bestehenden Organisationen nicht befreunden. Manche Unternehmer, die dem Verein deutscher Papierfabrikanten angehört, weigerten sich, dem unter gleicher Leitung stehenden beispielsweise radschrittlich geführten Arbeitgeberverband, beizutreten. Einige, meist sächsischen Firmen suchten in dem ungleich geleiteten Industrie-Schutzverband ihren Halt zur Austämpfung der Differenzen mit ihrer Arbeiterschaft. Gegen diese Schutzverbände und jene Abtrünnigen, die es wagten, mit den Arbeiterorganisationen sich friedlich zu verständigen, ging der Vereins- und Verbandssekretär Ditzes in scharfster Weise vor. Nur allzuwenig gehörten aber die mit dem Wunsch belegten Unternehmer zu den geistig regfamen Mitgliedern des Vereins deutscher Papierfabrikanten, so daß der Schaden für diesen größer war als für die Bekämpften. Es ist deshalb begreiflich, daß die Papierfabrikanten eine Organisationsform herbeiwünschten, auf deren Grundlage es möglich würde, alle Unternehmer der Papiererzeugungsindustrie zu vereinigen. Der durch den Krieg herbeigeführte hungersüchtige Waffenstillstand zwischen den Unternehmern als Konkurrenten einerseits und dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft andererseits gab der gemäßigten Unternehmenseite Gelegenheit, mit Vorschlägen für eine neue Organisationsform an die Berufsgenossen heranzutreten. Direktor Jost, einer der anständigsten und fähigsten Organisatoren der Papierindustriellen, hatte in Nr. 19 des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ seinen Berufskollegen Vorschläge zur Gründung einer neuen Organisation unterbreitet. Wir haben in Nr. 20 des „Proletariers“ die teilweise recht beachtenswerten sächsischen Vorschläge unsern Freunden zur Kenntnis gebracht und daran die Hoffnung geknüpft, die übrigen Papierfabrikanten möchten Herrn Jost nicht die Rolle einer Schwalbe, die keinen Sommer macht, spielen lassen. Leider haben sie es doch getan. Nicht ein Papierfabrikant hat den Mut gefunden, sich die sächsischen Vorschläge öffentlich zu eigen zu machen oder an ihrer Verbesserung weiterzuarbeiten. Während Direktor Jost Verständigung bei Lohnbewegungen wünscht, ist ein Direktor S. bange, daß nach den sächsischen Vorschlägen die Unternehmer schuldlos den Forderungen der Arbeiterorganisationen preisgegeben seien. „Wie soll eine rheinische Fabrik Unterstützung gegen die streikende Arbeiterschaft einer sächsischen Fabrik gewähren können?“ ruft der ängstliche Direktor aus, und beweist damit, daß er die sächsischen Vorschläge nicht begriffen und von dem Aufbau der wirtschaftlichen Organisation keine Ahnung hat.

Direktor Jost schlägt vor, die Arbeitsbedingungen der Maschinenarbeiter zu erleichtern; seine Landleute, vom Orden der Holzstößritter, lassen durch die Dresdner Handelskammer in einer Eingabe gegen die Aufhebung des Schutzzolls auf Holz- und Zellstoff an das Ministerium geltend machen, daß von einem Arbeitermangel in der Holzstoffindustrie keine Rede sein könne, „denn es kommen hier in der Hauptsache einfache Arbeitsverrichtungen in Frage, die notfalls auch von Frauen ausgeführt werden können“. Es gehört schon eine ganze Portion von Leichtfertigkeit dazu, das Schneiden des Holzes auf Kreis- oder Wändelflächen, die Bedienung der Spalt- und Schälmaschinen, das Leeren und Füllen der Wälztrömmeln, die Bedienung der Schleifer, der Sortierapparate, besonders bei Schüttelfortierern, und das Abnehmen der Deckel mittels Holzmesser von den Pappmaschinen, während des Ganges der Maschine — und das sind wohl die Hauptarbeiten in einer Holzschleiferei — als geeignete Frauenarbeit zu bezeichnen. Die Widersprüche zwischen den ausbeuterischen Wünschen der Papierindustriellen und den sächsischen Vorschlägen sind eben zu stark, um eine Einigung zustande zu bringen. Das hat mittlerweile wohl auch Herr Jost eingesehen, weshalb er ein Radikalmittel zur Vereinigung der Fabrikanten wünscht — ein Zwangssyndikat. Die Anregung hierzu hat ihm die Verordnung des Bundesrats über Errichtung von Zwangssyndikaten in der Kohlenindustrie gegeben. In Nr. 58 der „Papierzeitung“ bemerkt Jost, daß die Kohlenindustriellen von den bundesrätlichen Maßnahmen sehr unangenehm überrascht worden seien, und fährt dann wörtlich fort: „Wer die Auswüchse und die verheerenden Wirkungen des schrankenlosen Wettbewerbs offenen Auges beobachtet hat, kann diese Ueberzählung nicht teilen.“ Nachdem Jost noch die Ansicht entwickelt hat, daß es erst eines Bismarcks bedurfte, um den vielen Widersprechenden den Segen des Schutzzolls, über den man allerdings recht geteilter Meinung sein kann, aufzuzwingen, und daß wahrscheinlich auch Gewalt angewandt werden müßte, um uns vom Irrtum zu befreien, daß unbeschränkte Gewerbefreiheit für alle Zeiten das Richtige sei, fragt er: „Sollte der Bismarck, der uns diese Wohlthat aufzwingt, etwa schon im Regiment sitzen?“

Ob Zwangssyndikate das richtige Mittel zur Regelung der Produktion bilden, erscheint noch sehr fraglich; wir würden die

vollständige Uebernahme der Produktion durch den Staat als vorzuziehender ansehen. Wie dem aber auch sei, darin pflichten wir Jost bei, daß das wilde Draufloswirtschaften unter dem heutigen kapitalistischen System der Volkswirtschaft nicht zum Nutzen gereicht. Wir können deshalb keine Ausführungen, soweit sie sich gegen das volkswirtschaftsschädigende Treiben wenden, unterstügen, obwohl wir über die Mittel zur Ausrottung dieser Auswüchse anderer Meinung sind. Jost schreibt:

„Es kann und darf dem Staat auf die Dauer nicht gleichgültig sein, daß sich große Industrien selbst zerfleischen.“

Der Allgemeinheit ist mit der fortwährenden Verbilligung der Erzeugnisse durch das vielgerühmte Spiel der freien Kräfte schlecht gedient, wenn dieser trügerische Vorteil durch schwere Schädigung der Volkswirtschaft erkaufte wird. Es ist aber nichts anderes als eine schwere Schädigung der Volkswirtschaft und der Allgemeinheit, wenn große Kapitalien und Anlagewerte in den Sumpf gewirtschaftet werden, Steuerquellen, die reichlich fließen sollten, verdorren, intelligente und fleißige Unternehmer rückwärts statt vorwärts kommen und große Arbeitermassen in den unübermeidlichen Krisen des Geschäftslebens auf die Straße geworfen werden.“

Die Befürwortung der Zwangssyndikate hat eine lebhaft Debatt zwischen einigen Papierindustriellen hervorgerufen. W. Christoffer, der große Kriegsgebiete-fabrikant, wendet sich gegen die Zwangssyndikate, denn unter diesen Syndikaten versteckt er „gewalttame Preispolitik, Ausschaltung mißliebiger Wettbewerber durch Sperre usw.“ Nicht mit Unrecht erklärt Christoffer, der Staat habe gar kein Interesse, ungeunde Unternehmungen oder solche, die in spekulativer Absicht der gefunden Entwicklung vorausgeleitet sind, lebensfähig zu machen. „Gelegentlich: „Solche Unternehmungen aber sollen und müssen zugrunde gehen, wenn noch soviel Kapital in ihnen festgelegt ist.“ Um die Papierindustriellen vor den Zwangssyndikaten gruselig zu machen, schwenkt er den roten Lappen, indem er schreibt: „Ein goldenes Zeitalter können aber auch Zwangssyndikaten nicht herbeiführen, obgleich die Ausschaltung des freien Spiels der Kräfte uns dem Zukunftsstaat immer mehr entgegenführen muß.“ Wir wollen uns hier nicht mit dem Nachweis bemühen, daß die Angst vor dem „Zukunftsstaat“ recht unbegründet ist, sondern nur sagen, daß diese Art, eine Sache zu bekämpfen, ebenso abgebraucht wie geschmacklos ist.

Die Ausführungen Christoffers haben den Kommerzienrat Franz Doffauer, ehemaliges Vorstandsmitglied der Wschaffendurger Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation, die bekanntlich infolge ihres verfehlten Vergrößerungsabzuges die Hälfte ihres 12 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals einbüßte, auf den Plan gerufen. Herr Doffauer hält die Schlüsse für verfehlt, die Christoffer aus der Tätigkeit der Zwangssyndikate zieht, und erwidert auf die Ansichten über den Untergang der ungeunden Unternehmungen:

„Es ist sehr bequem, zu sagen, „ungeunde Unternehmen der Papierindustrie müssen zugrunde gehen, wenn noch so viel Kapital in ihnen festgelegt ist.“ Der Arzt kuriert die Menschheit auch nicht damit, daß er den kranken Menschen sterben läßt, sondern er wendet seine Kenntnisse an, um zu helfen.“

Es ist auch keineswegs feststellbar, welche Unternehmen „ungeund“ sind; darüber können die Ansichten weit auseinandergehen.“

In Nr. 73 der „Papierzeitung“ kommt Herr Jost endlich zum Schlußwort über die Zwangssyndikatsdebatte, indem er noch die Ansicht vertritt, daß es ohne Eingreifen des Staates schwerlich zu einer Einigung in der Papierindustrie kommt. Herr Jost verifiziert, er würde selbstverständlich eine freie Vereinigung der zwangsbewiesenen vorziehen, aber kommen muß sie. Dann ruft er aus:

„Nach dem Kriege werden die alten Schwierigkeiten sofort wieder da sein. Zu ihnen treten sicher noch neue Aufgaben in Hülle und Fülle, deren Lösung nur einem mit gutem Nutzen arbeitenden Gewerbe möglich ist. Wie der Friede auch ausfällt, wird der Staat von der Industrie gewaltige Leistungen auf steuer- und sozialpolitischem Gebiete fordern. Die Witwen und Waisen unsrer gefallenen Helden und die Kriegsinvaliden gut zu versorgen, ist eine ehrenvolle, aber kostspielige Dankspflicht. Je besser der Friede ausfällt, um so weitergehende Forderungen wird die Arbeiterschaft stellen, und der nicht dem Arbeiterstande angehörende Kriegsteilnehmer wird die Forderungen seiner Kameraden aus dem Schützengraben unterstützen. Ihre Erfüllung wird allseitig als Dank für die Leistungen unsres Volkes in Waffen angesehen werden. Dasjenige Gewerbe, welches da versagt und diesen Dank nur deswegen nicht zu leisten vermag, weil im Wettbewerb einer dem andern die Luft nicht gönnt, wird bei keiner politischen Partei Freunde finden.“

Es ist ein kleiner Irrtum des Herrn Jost, wenn er glaubt, die Höhe der Arbeiterforderungen hänge vom Ausgang des Krieges ab. Mag der Krieg ausgehen wie er will, die Arbeiterschaft wird

70 Jahre Holzschliffpapier.

Die Kunst der „Papperei“ legte ihren Angehörigen einen Eid auf, nach dem die Berufsgenossen „nichts Neues auf- und nichts Altes ab-tommen lassen durften“. So kam es denn, daß Pastor Schäfer von Regensberg, der schon zu Anfang des 18. Jahrhunderts seine Papiere aus Weizenmehlern, Sägepänen und aus den verschiedensten Holzarten selbst herstellte, von den Papiermachern der damaligen Zeit immer belächelt wurde. Obwohl seine Erfindung zu einer rationellen Ausnutzung des Holzes als Rohstoff der Papiererzeugung nicht ausreichte, sollte man annehmen, daß den an Lumpen, dem einzigen damals in Mitteleuropa bekannten Rohstoff, Mangel leidenden Papiermachern jeder Ersatzstoff hätte willkommen sein müssen. Dem war aber nicht so. Wie schwer Schäfer belächelt wurde, geht aus seinen hinterlassenen Schriften hervor, in denen er (nach Professor Kirchner) folgendermaßen sagt: „Wenn werden wir die Zeit erleben, da Menschen sich schämen, Wahrheiten und Wirklichkeiten zu widersprechen, bloß darum, damit sie aus den unfaulsten Köpfen hervorgehen?“ Aus dieser Klage Schäfers kann man schließen, daß die Papiermacher mit allen Mitteln gegen Neuerungen in ihrem Fach ankämpften. Schäfer ist denn auch gestorben, ohne seine Erfindung zur Geltung gebracht zu haben. Mit der Erfindung der Papiermaschine im Jahre 1799 durch den Papiermacher Robert aus Gonne in Frankreich und ihre späteren Verbesserungen durch Fourcroyer, Veger Didot u. a. in den folgenden Jahren machte sich der Rohstoffmangel immer mehr geltend.

Im Jahre 1839 stellte der Weber Gottlieb Keller aus Hainichen in Sachsen bei der Untersuchung eines Weizenmehles fest, daß dessen dünne Wände aus Holzfasern bestehen, die von den Weizen an Kiefern abgenagt und aneinandergeklebt waren. Diese naturwissenschaftliche Studie brachte ihn, ähnlich wie Pastor Schäfer, auf den Gedanken, die Holzfasern zur

Papierherstellung zu verwenden. Zunächst versuchte er, durch Kochen von Sägepänen mit Sodaalauge einen verwandbaren Brei herzustellen; der Versuch schlug aber fehl, da ihm die Kenntnisse der wissenschaftlichen Chemie fehlten, mit deren Hilfe es später Knieperlich, Ritter-Keller u. a. gelang, die Holzfasern von ihren intrinsierenden Bestandteilen zu befreien und so den Zellstoff, auch Zellulose genannt, herzustellen. Zuerst fiel ihm ein Versuch ein, die Holzfasern mit einem gemischten Glycerin nicht fallen und zerstreuen, den Stoffbrei auf mechanischem Wege zu erlangen. Im Jahre 1843 versuchte er, auf einem gewöhnlichen Schmelzen, über den er fortwährend Wasser laufen ließ, das Holz zu schmelzen. Die so gewonnene Fasermasse ließ er in einem Gefäß stehen, gab später das Wasser ab, presste zwischen zwei Papierbögen einen Teil der Fasermasse aus und ließ sie am Feuer trocknen. Dadurch gelang es ihm, ein großes Stückchen Papier herzustellen. Mit einem feststehenden Schmelzen schmelzen er größere Papierblätter, die, zwischen Lächer gelegt, auf einer Hölzchen ausgepresst wurden. Seine Bemühungen, vermagene Privatpersonen sowie das königlich sächsische Ministerium für seine Ideen zu interessieren, führten fehl. Unkolgebehen versuchte er, sein System selber auszubauen. Mit Hilfe seiner Frau stellte er auf einem von ihm gebaueten großen Schmelzen Holzschliff in größeren Mengen her. Eine Chemiker-Papiermühle stellte ihm aus dem Holzschliff, vermischt mit Federpulver, das erste Papier her. Dieses Papier verkaufte Keller an den Redakteur des Frankfurter Kreisblattes, das 1845 zum ersten Male auf Holzschliffpapier gedruckt wurde.

Der mittellose Keller sah sich zur Ausbeutung seiner Erfindung gezwungen, sich mit dem Direktor der Dautpauer Papierfabrik, Heinrich Böttler, zu associieren. Es gelang jedoch zunächst nicht, den jungen Industriewagen zur Entwicklung zu bringen. Böttler entzweite sich mit dem mittellosen Keller und betrieb fortan das Geschäft auf eigene Rechnung. Aus

der Böttlerschen Firma gingen die sächsischen Maschinenbauanstalten in Gedenheim und St. Polten hervor, die heute im Schleierapparatbau einen Weltruf genießen. Millionen Mark sind durch die Kellersche Erfindung in die Taschen der Maschinenfabrikanten gewandert. Die Holzschliff-fabrikation ist zu einer blühenden Industrie in allen Kulturstaaten geworden. Der Erfinder aber hat als armer Teufel die Reise ins Jenseits angetreten.

Die Kellersche Erfindung ist auch der Arbeiterschaft zugute gekommen. Durch den verhältnismäßig billigen Preis der Holzschliffpapiere, vorwiegend Zeitungsdru- und billiges Brotschreibpapier, war es möglich, unter die breiten Massen des Volkes Aufklärung zu tragen, den Wissens-drang anzuregen und zu stillen; es wurde zum Schwerk im geistigen und wirtschaftlichen Kampfe.

Wann endet der Krieg?

Und wieder jährt der Landmann die Scholle, fährt heim die Frucht, bestellt die Saat; Und immer noch rauf die Furie, die tolle Des Krieges, und hält ihre blutige Waage! Und wieder er über die Stoppeln schreiet, Dem Reime bereitet das nährrende Land, Und über's bewitterte Anflut gleitet Mit diesem Seufzer die Schwertige Hand. Aus nahem Dörichen das Glöcklein klinget: Ob's wieder wohl lürdet den letzten Sieg? Dem Bauer es heifz aus dem Herzen dringet: „O Gott, wann endet der schreckliche Krieg?“ Marie S. Gled.

zum Leben ausreichende Löhne fordern müssen, um die Entbehrungen des Krieges leichter zu überwinden, und wir hoffen mit Herrn Jost, daß jene Ausbeuter, die auch nach dem Kriege das Volk noch mit Hungerlöhnen abspießen wollen, der allgemeinen Verachtung des deutschen Volkes anheimfallen.

Nach dem Kriege wird unser Gewerbe freudigen Herzens dabei sein, wenn es gilt, den Dank des Vaterlandes abzustatten und sich nicht von Gewerkschaftsführern und Reichstag abbringen zu lassen, was als vorbedachte und freiwillige Gabe erst den rechten Wert erhält", meint Herr Jost. Wir wollen hoffen, daß diese Zusage eingelöst und nicht wieder Herr Jost als einziger wehler Kabe von seinen Berufsgenossen im Stich gelassen wird. Es würde uns freuen, wenn den Papierindustriellen nicht jedes Zugeständnis erst abgekämpft werden müßte; wenn sie einsehen wollten, daß durch Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen auf friedlichem Wege eine zufriedenstellende Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht werden kann.

Um aber vor Ueberraschungen nach dem Kriege gesichert und gegen eventuell wieder auftauchende scharfmacherische Pläne gewappnet zu sein, heißt es für die Papierarbeiter, jetzt und in Zukunft die Verbekrommel der Organisation kräftig zu führen, um auch den letzten Papierarbeiter und die letzte Arbeiterin dem Fabrikarbeiterverbande als Mitglied zuzuführen.

Anfälle in Papierfabriken.

In einer Papierfabrik in Merseburg kam der Arbeiter Ziegler der Transmission zu nahe und wurde von dem Treibriemen am Kopfe so schwer verletzt, daß er in lebensgefährlichem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

In der Papierfabrik in Schweighausen bei Hagenau war an einem Zellulosefaser ein Detal zergerissen. Durch den daraus entstehenden Dampf wurden die beiden Arbeiter Alois Koch und Michael Bardo berat verbrüht, daß sie am andern Tage im Spital zu Hagenau starben.

In der Pappenfabrik Schlich kam der Arbeiter Förster in das Maschinengetriebe und verunglückte dabei so schwer, daß er starb.

Die Leipziger Ziegel- und Tonwarenindustrie in der Kampagne 1915.

Im Gebiet der Zählstelle Leipzig gibt es wohl kaum eine zweite Industriegruppe, die durch den Krieg so in Mitleidenchaft gezogen worden ist wie die Ziegelindustrie. Während fast alle Industrien sich den Verhältnissen anpassen konnten und die Betriebe zur Produktion von Kriegsgegenständen umwandeln, hat in der Ziegelindustrie eine solche Anpassung mit einer Ausnahme nicht stattgefunden. Bei Ausbruch des Krieges stockte sofort die gesamte Bautätigkeit. Angefangene Bauten blieben liegen, wie sie waren; erst später, als das Wirtschaftsleben wieder in Schwung gekommen war, wurde ein Teil fertiggestellt. Eine Anzahl Neubauten liegt noch jetzt in unvollendetem Zustande da. Nur einigen Geschäftshäusern und öffentlichen Bauten im Innern der Stadt wurden 1915 fast keine Bauten ausgeführt, höchstens einmal ein kleiner Erweiterungsbaubau einer Fabrik oder sonst ein manufakturartiges Bauwerk. Die großen Geschäftshäuser in Stadthörnern werden in Beton ausgeführt, so daß hier Mauerwerke so gut wie gar nicht Verwendung finden. So ist die Ziegelindustrie mit ihrer zahlreichen Arbeiterzahl aus der heutigen Produktionsstruktur fast völlig verschwunden. Die Ziegelerien liegen in ihrer Mehrzahl öde und verlassen da, kein Köhler entleert die mächtigen Schornsteine, die Döfen sind erloschen, und die Pfosten stehen still. Nur hier und da sieht man ab und zu einen Arbeiter, meistens nur den Ziegelmesser oder alte, mit dem Betriebe verwachsene Arbeiter, die den Tag mit Aufräumungsarbeiten, Reparaturen und dergleichen verbringen. Die Arbeiter, die den Betrieben leben einschlafen, sind in alle Winde zerstreut; die einheimischen Arbeiter haben, soweit sie nicht zu Kriegsdiensten eingezogen worden sind, Arbeit in der Kriegswirtschaft gefunden. Aus folgender Zusammenstellung kann man den Grad der Beschäftigung in der Ziegel- und Tonwarenindustrie ersieht.

Table with columns: Beschäftigt waren, Betriebe, Männl. Arbeiter, Weibl. Arbeiter, Zusammen, Wanderarbeiter, Ausländer. Rows for Vor dem Kriege, Kampagne 1915, Mehr (+) oder weniger (-).

Von den 25 vorhandenen Betrieben waren in der verflochtenen Kampagne 5 oder 32 Prozent der Betriebe im Gange. Von dem Arbeitsraum fanden von 883 Arbeitern nur 272 oder 30,8 Prozent Arbeit in der Ziegelindustrie. Am günstigsten war das Verhältnis bei den weiblichen Arbeitern; hier fand sogar eine Zunahme statt; in den acht arbeitenden Betrieben waren zwei weibliche Personen mehr beschäftigt als in allen 25 Betrieben vor dem Kriege. Ein Vorteil, der früher keine besondere Bedeutung hatte, die Frauarbeit eingeführt; in allen Betrieben wurde die Männerarbeit fürter reduziert als die Frauarbeit. - Wanderarbeiter - Sippel, Westpreußen etc. - waren nur sehr wenig, Ausländer - Polen, Galizier etc. - fast gar nicht beschäftigt.

Von den Betrieben, die überhaupt im Gange kamen, hat ein Teil nur verhältnismäßig kurze Zeit gearbeitet. Die Kampagne begann vielfach erst im Mai, Anfang Juni und wurde schon Mitte September oder Anfang Oktober wieder beendet. Nur ein Betrieb war fast beschäftigt; dieser Betrieb hat es verstanden, sich den Verhältnissen anzupassen, es ward zum Kriegsmaterial hergestellt. Hier trat ein eine lebhaftige Nachfrage nach Arbeitskräften ein. Der Plan, Kriegsvorgänge zu benutzen, hat sich nicht bewährt; er wurde im Verhandlungsstadium wieder aufgegeben. Alle anderen Betriebe haben den Arbeitermangel fast vermerkt. Am schädlichsten ist es mit den Ziegelerien, die nur kurzzeitig bestanden. So war im vorgenannten Dörfelgrund von zehn Ziegelerien nur eine vorhanden; kurze Zeit im Gange, alle anderen liegen seit Ausbruch des Krieges still. Verhältnismäßig am besten war es im Umkleidgebiet - Gabeln, Gabeln, Gabeln etc. - wo Spezialzettel (Zonitene, Sande und Deckelsteine, Dachziegel, Mörtel, sonstige Gänge etc.) hergestellt werden.

In allgemeinen sind die Aussichten für nächstes Jahr nicht optimistisch. Alle Betriebe sind verarmt, die Ziegelindustrie wird wohl nach Beendigung des Krieges noch einen schweren Stand haben. Von Anfang an sind die Dörfelgrund Ziegelerien wegen der Unmöglichkeit, im Winter zu arbeiten, wegen der geringen Löhne, die der Krieg den Gemeinden gebracht hat, nicht ausgeführt worden, wenn nicht zwingende Notwendigkeit vorliegt. Genauso ist es mit den Gabeln, die nur kurzzeitig bestanden. Hier mußte erst die Produktion und der Absatz wieder richtig in Gang kommen, erst die Arbeiter beschäftigt werden. Aber auch im Umkleidgebiet wird verhältnismäßig die Produktion noch längere Zeit anhalten. Wohl wird ein Entlang nach kleineren Betrieben eintreten, denn die Beendigung der Kriegswirtschaft, die ja nicht gleich überstanden sein wird, bedingt die Familien in kleineren Betrieben. Der Anreiz, Betrieben zu gründen, wird jedoch dadurch herabgesetzt, daß die vielen bestehenden großen Betrieben ein Stück der fälligen Gemeinde besitzen; dieser Aufwand wird wohl verhältnismäßig durch die Schwierigkeit, Baugelder und Kapital zu beschaffen.

Für die Papierarbeiter wird demnach die schwere Zeit, die der Krieg gebracht hat, verhältnismäßig mit dem Friedensschluß noch nicht beendet sein. Das Bruchstücken der Arbeiter wird die schwierige Lage der Ziegelerien erst richtig in die Erscheinung treten. Wohl wäre die Lage erleichtert werden können, wenn nicht gleich so viel Ausländer herangezogen würden; denn gerade in der Ziegelindustrie haben die einheimischen Arbeiter einen schweren Stand gegen fremde Arbeiter. Aber es hat den Anschein, als ob auch Beendigung des Krieges noch mehr Ausländer herangezogen werden

wollen; man braucht dazu nur einmal den „Proletarier“ Nr. 42 zur Hand zu nehmen, wo auf einen Artikel des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, von Baido-Medau, verwiesen wird. Die Ziegelerien haben deshalb alle Ursache, ohne Mut und Mäß trotz der jetzt bestehenden Schwierigkeiten, ihre Organisation auszubauen, damit sie gegen alle Stürme gewappnet sind.

Unser Verband in der 66. Kriegswoche.

Für die Woche vom 1. bis 7. November haben 299 Zählstellen rechtzeitig die Verzeichnisse eingekandt. Diese hatten am 1. August 1914 zusammen 152 112 männliche und 22 281 weibliche, zusammen 174 393 Mitglieder. Am Schluß der 66. Kriegswochen waren nur noch 61 761 männliche und 17 810 weibliche, zusammen 79 571 Mitglieder vorhanden. Von den fehlenden 95 822 waren 74 496 zum Kriegsdienst eingezogen. Der tatsächliche Verlust beträgt mithin 20 896 Mitglieder. Arbeitslos waren in der Kriegswochen 147 männliche und 394 weibliche, zusammen 541 Mitglieder. Das sind, wie in der Vorwoche, 0,7 vom Hundert. Erwerbsunfähig krank waren 932 männliche und 241 weibliche, zusammen 1173 Mitglieder.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zählstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zählstellen den Bericht erbracht hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingekandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Table with columns: Berichtsttag, Arbeitslos insgesamt, von je 100 Mitgliedern, Zum Kriegsdienst eingezogen insgesamt, von je 100 männlichen Mitgliedern. Rows for dates from 8. August to 6. November.

Berichte aus den Zählstellen.

Köln a. Rh. Unse Zählstelle hielt am 7. November im Volkshause eine stark besetzte Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende den auf dem Schlachtfeld gefallenen Kollegen einen warmen Nachruf. Sodann hielt die Genossin Juchacz ein instruktives Referat über: „Die Bedeutung der Volksernährung während der Kriegszeit.“ Die Rednerin beschäftigte sich eingehend mit den Ursachen und Wirkungen der Lebensmittelknappheit; sie ermahnte reichlich Weisheit. Den Kassen- und Geschäftsbericht erstattete Kollege Hertwig. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassa bilanzieren mit 5230,25 Mk., Einnahmen und Ausgaben der Nebenkasse mit 2275,62 Mk. Die Mitgliederbewegung ist befriedigend. Durch die Aufnahme von 83 Mitgliedern und die Austritte konnte die Zahl der Eingezogenen (89) ziemlich weitgemacht werden. Am Schluß des dritten Quartals waren insgesamt 689 Kollegen eingezogen. Diese Zahl dürfte sich noch um etwa 100 erhöhen, da manche Eingezogene ihre Mitgliedsbücher noch nicht abgeliefert haben, andere abgereist sind, ohne sich abzumelden. Die Beitragsleistung könnte besser sein; die Bucherkontrolle ergibt, daß die Mitglieder durchschnittlich mit zwei Beiträgen im Rückstand sind. Dieser Rückstand muß beseitigt werden. Mit 12 Marken pro Mitglied und Vierteljahr muß jeder Kassierer abrechnen. Dem Kassierbericht folgte der Geschäftsbericht. Daraus ist hervorzuheben, daß auch in diesem Quartal in einer Reihe von Betrieben Verdiensterhöhungen für unsere Mitglieder durchgeführt wurden. Bei der Firma Peters Nachfolger, Essigsäurefabrik, wurde der Wochenlohn um 1,50 Mk. erhöht und 25 Prozent Zuschlag für Überstunden sowie fünf Stunden Arbeitszeitverlängerung erreicht. Die Firma Felten u. Guillaume in Wülheim, Gummi- und Kautschukfabrik, hat den Stundenlohn um 3 Pf. erhöht. Eine Eingabe an die Rheinischen Benzinerwerke hatte den Erfolg, daß die Firma eine Teuerungszulage von 2 Mk. pro Woche bewilligte. Die Kölner Benzinwerke erhöhten den Stundenlohn um 2 Pf. Erfolgreich schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen mit der Firma Zimmerman Asphaltfabrik in Wülheim. Anfangs lehnte die Firma jede Lohnerhöhung ab. Später gewährte sie nur den Akkordarbeitern 2 Mk. Teuerungszulage. Die Löhnerhöhung sollten nicht bekommen, weil es ungeheuerlich und noch jugendliche Arbeiter seien. Da die Firma auf ihrem Standpunkt beharrte, wandten wir uns an das Gouvernment mit dem Ersuchen, daß auch die Tagelöhner die Teuerungszulage von 2 Mk. erhalten. Bei der Firma Merrens, Kaffeebohnenfabrik, wurde der Tagelohn um 30 Pf. erhöht. Die Firma Se. u. L., Asphaltfabrik, gewährte ihren Arbeitern eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde. Einen ansehnlichen Erfolg erreichten auch die Arbeiterinnen bei der Firma Jäger u. Fröhlinghaas. Der Stundenlohn wurde um 5 Pf. erhöht, ferner für Überstunden ein Zuschlag von 10 Pf. gewährt. Erfreulicherweise hat auch diese Firma gegenüber der Organisation eine andere Haltung eingenommen. Während früher jede Verhandlung abgelehnt wurde, fanden diesmal Verhandlungen mit der Firma statt. Auch für die Zukunft soll dies weiter geschehen. Hoffentlich nehmen sich die anderen Firmen daran ein Beispiel. Auch eine Eingabe an die Firma The Radium Kautschuk Co., Gummi- und Kautschukfabrik, hatte den gewünschten Erfolg. Der Stundenlohn im Erdgeschoss und im Paktuum wurde um 5 Pf. erhöht. Bei bestem Geschäftsgang soll auch in den übrigen Abteilungen die Erhöhung eintreten.

Kebner geht sodann auf die Verwaltungsarbeiten ein. Trotz des Krieges war das Verbandsleben äußerst reger. Es fanden zahlreiche Versammlungen, Sitzungen und Verhandlungen aller Art statt. In der allgemeinen Ansprache war man mit der Tätigkeit der Geschäftsleitung einverstanden. Ein Antrag auf Entlastung des Kassierers wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, am 20. und 28. November eine allgemeine Hausagitation vorzunehmen.

Am dritten Punkt: Erhöhung der Teuerungszulage, gab Kollege Hertwig eine lange Rede über den bisherigen Verlauf der Teuerungszulagen. Die Zahl der verlorren Marken ist fühlbar geworden, so daß eine andere Regelung notwendig erachtet. Nach langer Aussprache wurde einstimmig beschlossen, den Teuerungszulage um 5 Pf. pro Woche zu erhöhen. Für die jugendlichen und weiblichen Mitglieder bleiben die bisherigen Marken bestehen. Die Erhöhung der Beiträge tritt mit der 66. Woche in Kraft. Die Maßnahmen werden vorwiegend zur Unterstützung der Arbeiter verwendet.

Im weiteren beschloß sich die Generalversammlung mit der Beibehaltung der Kriegswahl. Die getroffenen Maßnahmen des Hauptverbandes wurden genehmigt. Ferner wurde beschlossen, jedem eingezogenen Kollegen, der länger als 13 Wochen dem Verbandsangehörig, ein Paketchen ins Feld zu senden.

In seinem Schlußwort ermahnte Kollege Hertwig zur eifrigen Mitarbeit für den Verband. Die Hausagitation müsse besser und öfters betrieben werden. Pflicht aller Vertrauensleute sei, sich bei der allgemeinen Hausagitation vollständig zur Verfügung zu stellen. Hertwig.

Man. Im Laufe des Krieges sind auch hier einige Lohnaufhebungen eingetreten. Auf den Händelsmännern war vor dem

Kriege ein Stundenlohn von 40 Pf. üblich. Nach Ausbruch des Krieges hat ein Unternehmer, der auch eingezogen wurde, gleich zum ersten Tage an den Stundenlohn auf 50 Pf. erhöht. Im Monat März wurden von ihm Lohnforderungen auch den andern Firmen eingeholt. Leider brachten diese zunächst keinen Erfolg. Erst am 1. August gelang es, eine Erhöhung zu erzielen. Der erfreuliche Erfolg war, daß vom 1. August an ein Stundenlohn von 60 Pf. gezahlt wird. Das sind bei 60stündiger Arbeitszeit wöchentlich 10,80 Mk. mehr als bisher, also eine ganz annehmbare Teuerungszulage.

Zu den Krabbenschalenindustrie ist den Arbeiterinnen eine neue, aber unbezahlte Arbeitsverrichtung aufgeführt worden. Vor dem Kriege wurden leere Krabbenschalen von den Fabrikanten abgeholt, jetzt müssen die Krabbenschälerrinnen die Schalen bei den Fabrikanten selbst abliefern. Dafür erhalten sie aber keine Vergütung, obwohl die Fabrikanten heute für die leeren Schalen viel mehr Geld erhalten als vor dem Kriege. Nach wollen die Herren Fabrikanten den Krabbenschälerrinnen keine Teuerungszulage gewähren. Die Herren scheinen nicht zu bedenken, daß sie durch ihre Maßnahmen sich selbst schädigen. Sie würden voraussichtlich weit mehr Schalen erhalten und deshalb auch mehr verdienen, wenn sie den Arbeiterinnen für die Mehrarbeit eine angemessene Vergütung zulassen.

Rundschau.

Militärbehörde und Arbeiterforderungen.

Die Verwaltung der Zählstelle Kiel des Metallarbeiterverbandes hatte vor einiger Zeit in einer Eingabe den Gouverneur des Reichskriegsministeriums Kiel ersucht, seinen Einfluß bzw. seine Machtbefugnis dafür einzusetzen, daß den Metallarbeitern in den Großbetrieben, vor allem auf den Werften, eine Teuerungszulage gegeben würde. Der Gouverneur hat darauf bei den Werften Erhebungen eingezogen. Selbstverständlich haben die Werften die Dinge so ruhig geschlichtet, wie ihnen das nur immer möglich war. Vor allem haben sie betont, daß die Löhne gestiegen und sehr hoch seien. Der Gouverneur scheint die Angaben der Unternehmer für unanschätbar und die darin mitgeteilten Löhne für ausreichend gehalten zu haben, denn er hat ein Eingreifen zugunsten der Arbeiter abgelehnt. In der Antwort an die Metallarbeiter heißt es sogar, daß die herrschende Ansicht, daß gerade die Metallarbeiter von der Not der Kriegszeit am allerwenigsten betroffen seien, sehr wohl verständlich ist. Es wird weiter ausgeführt, daß ein Eingreifen des Gouverneurs nur in Frage kommen könne, wenn ungerechte Behandlung, Lohnrückereien, ungerechtfertigte Ueberanstrengungen usw. nachgewiesen würden. Das sei aber nicht der Fall. Dann folgen folgende Sätze:

„So wie in solchen Fällen das Gouvernment strengstens gegen die Arbeitgeber auftreten müßte, muß es aber auch andererseits sein Augenmerk darauf richten, daß eine an sich zufriedene Arbeiterkaste nicht durch agitatorische Wühlarbeit in diesen ersten Zeiten zu Forderungen aufgestachelt wird, die unerschütterbar sind und die den Arbeitern gemißtrauen machen künstlich beigebracht werden müssen, um sie zu ihrer Aufstellung zu veranlassen.“

Ohne über den hier in Rede stehenden Fall urteilen zu wollen, möchten wir zum Ausdruck bringen, daß in der jetzigen Zeit die Arbeiter schon durch die ungeheuerliche Steigerung der Lebenskosten zu Lohnforderungen getrieben werden, die über das im Frieden übliche Maß hinausgehen. Einer anbreiteten Aufstachelung bedarf es kaum. Die unabweisbare Pflicht der gewerkschaftlichen Organisation ist es jedoch, die Forderungen der Arbeiter in geeigneter Formulierung den zuständigen Stellen vorzutragen.

Verbandsnachrichten.

Statistik. — Graue Karten.

Für den Monat November sind die grauen Karten bis zum 4. Dezember einzusenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 27. November.

Bei Angabe der Mitgliederzahl dürfen nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden, also nicht auch die zum Heer eingezogenen, die als abgemeldet gelten.

Für den Monat Oktober hatten trotz Mahnkarte bis zum 8. November nicht berichtet:

Table with columns: Gau, Zählstellen, männlich, weiblich, Mitgliederzahl, zusammen. Rows for Gau 1 to 15 and Im Verbands.

Vom 9. November an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Steinh 250.—, Burgdorf (Samm.) 58,52, Göttingen 10.—, Gelfenkirchen 2,25, Schongau 5,80, Hameln 123,35, Soltan 35,06.

An Versicherungsbeträgen gingen ein: Schönebeck a. d. E. 50.—, Rürnberg 105.—, Wismar 6,85, Darmstadt 18,65, Zwidau 17,05.

Schluß: Montag, den 15. November, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1915 haben eingekandt: Burgdorf, Schöpphain, Hameln, Soltan.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher und -Karten.

Table with columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretten in. Rows for 605 520, 484 762, 600 759, 400 217.

Neue Adressen und Adressenänderungen. Greifswald, F. Buchen, Bienerstraße 50. Neumarkt (Oberpoh.) Martin Reich, Weinberger Str. 12. Stendal, Friedrich Käsel, Brückstraße 13.